



TRANSPARENZ, ZUM ERSTEN

Rot-roter Haushalt
verschleiert und versteckt

> Seite 3



TRANSPARENZ, ZUM ZWEITEN

MinisterInnen und Abgeordnete
müssen bei sich selbst anfangen

> Seite 5



TRANSPARENZ, ZUM DRITTEN

Braunkohlenplanverfahren
Welzow-Süd II ist eine Farce

> Seite 10



GRÜN, NACHHALTIG UND GERECHT

© Kossiv/fotolia.com

Die Tage sind kürzer, kalt ist es und früh dunkel. Die Natur macht Winterruhe oder fliegt gen Süden. Wir Bündnisgrünen aber sind weiter da und geben keine Ruhe – z. B. bei unserem Kampf gegen neue Tagebaue und für mehr Transparenz.

MinisterInnen wollen wir nach ihrem Ausscheiden mehrere Winter Karenzzeit verordnen, damit die Politik unabhängig von LobbyistInnen bleibt. Dem Braunkohlenplanverfahren für Welzow-Süd tut nicht nur eine Pause gut – man sollte es ganz begraben. Auf einen Abflugtermin vor der Winterpause hatten sich Kranich- und die anderen Airlines bereits eingestellt – jetzt müssen sie in Tegel überwintern. Dafür sollten wenig-

tens die Verantwortlichen aus Flughafen-gesellschaft und Aufsichtsrat fliegen. Das wünschen wir und sicher viele FluglärmgegnerInnen, die statt für Winter- für Nachtruhe kämpfen.

Für Lichtblicke dagegen sorgen die grünen Vorstellungen von sozialer Politik, finden wir, und widmen dem Thema Gerechtigkeit einen Schwerpunkt in der aktuellen brand-GRÜN-Ausgabe.

Eine erhellende Lektüre wünschen

3 FRAGEN AN...**URSULA NONNEMACHER**

© berlin-event-foto.de/Peter-Paul Weiler

Die Bündnisgrünen haben 2012 Sozialpolitik zum Hauptthema gemacht. Welche Schwerpunkte setzen Sie?

Wir wollen Brandenburg sozial gerecht und ökologisch umgestalten. Energiespartechnik und gesundes Wohnen, gute Bildung und leckeres Bio-Essen sollen für alle verfügbar und erschwinglich sein. Dafür müssen Einkommen, aber auch Bildungschancen, Mitsprache und Wertschätzung gerecht verteilt sein. Heute wächst die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.

Brandenburgs Arbeitslosenrate liegt unter zehn Prozent. Bisher standen die RentnerInnen finanziell relativ gut da. Droht Brandenburgs BewohnerInnen Altersarmut?

Wer 2030 in Rente geht, muss laut Bundesarbeitsministerin über 35 Jahre Vollzeit gearbeitet und monatlich 2500 Euro brutto verdient haben, um eine Rente auf Grundsicherungsniveau von 688 Euro zu bekommen. Wie viele Leute verdienen denn 2500 Euro brutto in Brandenburg, und wer wird künftig 35 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein? Besonders Frauen weisen diese Erwerbsbiografien nicht auf, da sie oft im Niedriglohnssektor, als Minijobberinnen oder Leiharbeiterinnen beschäftigt sind.

Welche Vorschläge unterbreiten Sie?

Wir wollen die Einführung eines flächendeckenden verbindlichen Mindestlohns. Rot-Rot bleibt mit 8 Euro im Vergabegesetz unter den allgemein üblichen und sich an der aktuellen Pfändungsgrenze orientierenden 8,50 Euro. Die Lohnhöhe soll eine Kommission festlegen. Wir werden um mehr Umverteilung in der Gesellschaft nicht herumkommen. Privater Reichtum muss sich stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

Ursula Nonnemacher ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

LINKE GUT GERÜSTET?

Während die Linke die Rüstungsindustrie vollmundig als menschenverachtende Ressourcenverschwendung brandmarkt, lobt ihr Wirtschaftsminister Ralf Christoffers die Ansiedlung der AC&S Aerospace Consulting & Services GmbH in Schönefeld. Am bisherigen Firmensitz am Bodensee sah sich das Unternehmen allerdings massiven Protesten von BürgerInnen wegen seines militärischen Engagements ausgesetzt. Unsere Fraktion will von der Landesregierung wissen, ob die Produktion fliegender Tankstellen für Kampffjets sowie militärischer Transportflugzeuge und Hubschrauber vom Land Brandenburg gefördert wird oder werden soll.

Näheres auf www.gruenlink.de/dmm

KULTURFINANZIERUNG NACH ESTNISCHEM VORBILD

Unabhängigkeit der Kultur vom Finanzminister durch eine Art Stiftungskapital nach estnischem Beispiel: Das könnte sich die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Marie Luise von Halem auch für Brandenburg vorstellen. Der Kulturausschuss des Landtages lernte in Tallinn das in seiner Grundidee seit 1920 existierende Konzept des „Kulturkapital“ kennen: Ein per Gesetz festgelegter Prozentsatz aus Alkohol-, Tabak- und Lottosteuer kommt in einen Topf für kulturelle Projekte und Denkmalschutz. Darüber würde sich die Brandenburger Kulturszene auch freuen.

FRAKTION MIT BETRIEBSRAT

Hans Kremer, unser Referent für den Untersuchungsausschuss BBG- und Immobilienaffäre, vertritt als Betriebsrat innerhalb der bündnisgrünen Fraktion die Interessen der MitarbeiterInnen gegenüber der Arbeitgeberin. Ersatzmitglied ist Svenja Schünemann. Auch in einem so kleinen „Unternehmen“ wie unserer Fraktion halten wir eine gewählte Personalvertretung für wichtig, um Ansprüchen und Anliegen der ArbeitnehmerInnen z. B. hinsichtlich der Arbeitszeiten gerecht werden zu können.

DOPPELHAUSHALT 2013/2014

BLANKOSCHECK FÜR GROSSFLUGHAFEN BER

Im Dezember 2012 entscheidet der Landtag letztmals in dieser Legislaturperiode über einen von Rot-Rot vorgelegten Haushaltsentwurf. Der Doppelhaushalt 2013/2014 versteckt dabei unangenehme Wahrheiten und setzt falsche Prioritäten. Das strukturelle Defizit des 10 Milliarden Euro umfassenden Landeshaushalts beträgt pro Jahr rund eine Milliarde Euro.

Zunehmend belasten Pensionszahlungen aus der großzügigen Verbeamtungspolitik der letzten Jahre den Etat. Hohe Risiken bergen auch die zukünftige Zinsentwicklung und der Flughafen BER. Aufgrund des Versagens der Regierungsmitglieder im Aufsichtsrat sollen im nächsten Jahr dreistellige Millionenbeträge für die Flughafen-gesellschaft FBB zur Verfügung gestellt werden – Gelder, die dringend für die Verbesserung unseres Bildungssystems erforderlich wären! Die Zuschüsse für den Flughafen sind exakt zu beziffern und zu begrenzen. Der Finanzminister darf nicht unbegrenzt auf die Rücklagen zugreifen.

Es geht auch anders

Da das Land nur wenige Möglichkeiten hat, seine Einnahmen dauerhaft zu erhöhen, muss es seine Ausgaben begrenzen. Die rot-rote Landesregierung blendet diese

Risiken jedoch weitestgehend aus und überlässt die Lösung der Probleme der nächsten Regierung.

Brandenburg muss nicht nur ohne neue Schulden auskommen, sondern baldmöglichst in die Tilgung der aufgelaufenen 19 Milliarden Euro einsteigen. Statt die Neuverschuldung 2013 auf 360 Millionen Euro auszuweiten, will unsere bündnisgrüne Fraktion die bis 2011 aufgebaute Allgemeine Rücklage in Höhe von 370 Millionen Euro vollständig auflösen und die Zahlungen an den Pensionsfonds im nächsten Jahr aussetzen. Zusammen mit den aus der aktuellen Steuerschätzung zu erwartenden Mehreinnahmen kann man dann auf eine Nettokreditaufnahme vollständig verzichten und trotzdem 50 Millionen Euro in die Bildung investieren. Wir wollen die Kürzungen im Hochschulbereich rückgängig machen und mehr LehrerInnen einstellen.

Mehr Transparenz

Die Zuführungen für die Flughafen-gesellschaft sind verbindlich auf 444 Millionen Euro festzuschreiben. Sollten

weitere Erhöhungen fällig werden, müsste dann der Landtag einen Nachtragshaushalt verabschieden.

Wir fordern, die bislang in den Einzelhaushalten der Ressorts veranschlagten Pensionszahlungen dem Etat des Finanzministeriums zuzuordnen. So können die Kosten für ausgeschiedene Lehrkräfte und PolizistInnen nicht mehr den Eindruck von Mehrausgaben für Bildung und Sicherheit vorgaukeln.

Im Infrastrukturbereich ist die Instandsetzung von Straßen dem Neubau vorzuziehen. Die Wirtschaftsförderung soll innovative Unternehmensgründungen stärker unterstützen. Um die Fördermittel mehrfach nutzbar zu machen, sollten Darlehen an Unternehmen vergeben werden, statt sie einmalig zu bezuschussen.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

© djama/fotolia.com



FRAKTION

IN EIGENER SACHE

Sabine Niels ist am 22. Oktober 2012 aus unserer Fraktion ausgetreten. Diese für uns überraschende Entscheidung nach drei Jahren intensiver gemeinsamer Fraktionsarbeit ist bedauerlich und schmerzhaft. Gegenüber der Presse und Partei begründete Sabine Niels diesen Schritt mit einem zu wenig wahrnehmbaren Auftreten der Fraktion gegen Braunkohle und CCS sowie einer Anbiederung an die SPD.

Seit Bestehen der Fraktion stehen Braunkohleausstieg und Erneuerbare Energien oben auf unserer politischen Agenda.

Unser Votum gegen neue Braunkohle-tagebaue ist nicht verhandelbar. Zuletzt hatten wir mit umfassender Expertise Widerspruch im Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd, Teilfeld II eingelegt.

Wir verfolgen einen Kurs der Eigenständigkeit. Erfolge mit eigenen Gesetzesinitiativen und Anträgen der kleinsten Fraktion sind aber seltene Glücksfälle. Für die Durchsetzung unserer Forderungen suchen wir die Kooperation mit allen Seiten. Mit CDU und FDP haben wir die beiden Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung und zukünftigen Verwaltungsstrukturen durchgesetzt, mit Rot-Rot das Wahlalter 16 in der Verfassung verankert und mit ursprünglich grünen Antragsentwürfen

Erleichterungen für AsylbewerberInnen erreicht und zwei Bundesratsinitiativen angeschoben. Wir hatten jedoch eine Koalition mit der „Ludwig-CDU“ abgeschlossen. Genauso sehen wir mit einer an ihrer Braunkohlepolitik festhaltenden SPD keine Regierungsperspektive.

Nach einem Gespräch am 1. November 2012 vereinbarten die Fraktion und Sabine Niels, bis zum Ende des Jahres über die weitere Zusammenarbeit und Möglichkeiten der Rückkehr in die Fraktion zu entscheiden.

Marie Luise von Halem, Michael Jungclaus, Ursula Nonnemacher und Axel Vogel

EISZEIT BEI DER STRASSENSANIERUNG

Diese Zahlen führen geradewegs in die Sackgasse: Von 80,1 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 12,2 Millionen in 2014 sinken die Infrastrukturmittel der Landesregierung für die Erhaltung von Straßen. Haushaltskonsolidierung in allen Ehren, aber hier werden Kosten auf nächste Generationen abgewälzt. Was man heute nicht mit überschaubaren Finanzmitteln ausbessert, ist morgen sehr viel kostenaufwändiger zu sanieren. Es ist erfreulich, dass der Neubau von Straßen zurückgefahren wird, denn er zieht in der Regel erhebliche Umweltbeeinträchtigungen und Instandhaltungskosten nach sich. Inzwischen rächt sich, dass die Landesregierungen lange Jahre viele Infra-

strukturgelder in den Straßenneubau gesteckt haben. Jetzt fehlen die Mittel für die Instandhaltung.



© Jack Hinks/fotolia.com

Hier muss man auch über eine stärkere Nutzerfinanzierung nachdenken, um dem Werteverzehr entgegenzuwirken.

Derzeit wird nur der allgemeine Zustand der knapp 6000 Kilometer Landesstraßen erfasst. Der Wert des Netzes und was uns der Substanzverlust konkret kostet, hingegen nicht. Solch eine Wertanalyse, die in Rheinland-Pfalz bereits mit moderner Technik erfolgt, ist die Voraussetzung für die Debatte darüber, wann und in welchem Umfang wir unsere Straßen sanieren.

*Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher*

TRANSPARENT AUF EURO UND CENT

Wir hoffen, dass die Debatte um Nebeneinkommen von Politikerinnen und Politikern nicht an Schwung verliert, bevor daraus auch auf Landesebene die notwendigen Konsequenzen gezogen worden sind. Was sie gezeigt hat ist doch, dass nur eine kleine Minderheit der Bundestagsabgeordneten – neben dem Kanzlerkandidaten der SPD sind es vor allem solche aus CDU/CSU und FDP – neben ihrem Mandat nennenswerte Einkünfte hat. Weil Abgeordnete Menschen sind, die gewählt wurden, damit sie sich unabhängig und nach bestem Wissen um unser aller Angelegenheiten kümmern, sind Nebentätigkeiten ein Problem. Ist noch unabhängig, wer bei einem Interessenverband oder einem Unternehmen auf der Gehaltsliste steht? Wie stark üben Arbeit- und Auftraggeber einen Einfluss auf die parlamentarische Arbeit aus? Das müssen letztlich die WählerInnen beurteilen, aber dazu fehlen ihnen derzeit die Informationen, auf Bundesebene genauso wie im Land.

Transparenz ins Abgeordnetengesetz

Deshalb fordern wir die Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten, und zwar nicht in verschämten Stufen wie derzeit beim Bundestag, sondern ehrlich und klar auf Euro und Cent. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem der Präsident des Landtages die ihm gemeldeten Nebeneinkünfte der Abgeordneten veröffentlichen soll. Auch Tätigkeiten in kommunalen Unternehmen, die bislang nicht gemeldet werden mussten, sollen künftig erfasst und transparent gemacht werden. Mit einer solchen Regelung würde Brandenburg zum Vorreiter in Sachen Transparenz, und das würde uns gut zu Gesicht stehen!

Wir wollen, dass politische Entscheidungen nicht durch das Schielen auf finanzielle Vorteile beeinflusst werden. Wir wollen finanziellen Abhängigkeiten vorbeugen und so nicht nur handfeste Korruption verhindern, sondern allgemein den Einfluss finanzstarker Interessengruppen begrenzen. Dabei setzen wir darauf, dass die durch unser Gesetz erzwungene Transparenz das Verhalten von Abgeordneten wie von ihren Arbeit- und AuftraggeberInnen positiv beeinflusst.

Verhaltensregeln für MinisterInnen verschärfen

Was wir in unseren Eckpunkten für das Lobbyregistergesetz formuliert hatten, setzen wir nun mit dem Gesetzentwurf und mit einem Änderungsantrag zum Ministergesetz Schritt für Schritt in die Tat um. Auch für Mitglieder der Landesregierung wollen wir die Verhaltensregeln verschärfen. Wir nehmen uns die



so genannte Drehtür vor, nämlich das lukrative Wechseln vom Amt in hoch dotierte Posten bei zuvor begünstigten Unternehmen. Künftig soll die Landesregierung den Wechsel aus einem Regierungsamt in eine Beschäftigung verbieten können, wenn die Interessen des Landes dadurch beeinträchtigt sind. Damit schließen wir ein weiteres Einfallstor für Korruption. Denn MinisterInnen sollen genau wie Abgeordnete nur dem Wohle des Landes verpflichtet sein!

*Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin*



© Johanna Foys

Um Arbeiten, Wohnen, Lernen und Essen ging es auf dem Podium mit Marie Luise von Halem, Stephan Scherz, Ursula Nonnemacher, Annalena Baerbock und Wolfgang Renner.

SOZIALE DIMENSIONEN GRÜNER POLITIK

Sind „Green Jobs“ per se nachhaltige Arbeitsplätze? Wie können sich alle gut gedämmte Wohnungen und Bio-Essen leisten? Wie organisieren wir Bildung in der Peripherie, damit sie nicht am Rand steht? Mit diesen Facetten bündnisgrüner Sozialpolitik befasste sich die Sozialkonferenz unserer Fraktion im Herbst 2012 in Brandenburg/Havel.

Mehr soziale Gleichheit in einer Gesellschaft schaffe mehr Zufriedenheit und Zukunftssicherheit gerade auch bei den Menschen, denen am ehesten droht, zurückgelassen zu werden, ist Prof. Michael Opielka, Leiter des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin überzeugt. Welchen Stellenwert soziale Ausgewogenheit bei der ökologischen Modernisierung einnimmt, verdeutliche die aktuelle Diskussion über die Energiepreise, so Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. In der Energiepreisdebatte versucht die alte Industrielobby, ökologischen Umbau und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen. Die ausufernde Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage sowie Netzkosten

führen dazu, dass VerbraucherInnen sowie kleine und mittlere Unternehmen die Energiewende alleine finanzieren. Man muss sich von den fossilen Energieträgern verabschieden, um die Energiepreise langfristig zu stabilisieren.

Gut gedämmt ist die halbe Miete

90 Prozent der Energie im Haushalt wird für Wärme genutzt. Doch obwohl die Kosten für Öl und Gas ständig steigen, werden nach der jüngst veröffentlichten Studie der Berliner und Brandenburger bündnisgrünen Fraktionen nur 0,7 Prozent der Wohnungen pro Jahr energetisch saniert. Während bei Plattenbauten bereits 70 Prozent saniert sind, sind es bei Altbauten und Einfamilienhäusern erst 10 Prozent. Hohe Kosten erwartet Michael Westphal vom Verbund Pro Potsdam vor allem bei der Sanierung von Altbauten. Plattenbauten lassen sich günstiger sanieren. Um den Klimaschutz zu stärken, könnte sich Westphal eine auf den Energieverbrauch des Gebäudes bezogene Grundsteuer, vergleich-

bar der KFZ-Steuer, vorstellen. Der Austausch der Heiztechnik bringe im Vergleich zu langfristigen Gebäudesanierungen auch schon kurzfristige Einsparungen, so Stephan Scherz von der Kofler Energies GmbH. Er fordert transparente Energieabrechnungen, die neben den Kosten für die Erneuerbaren auch die für Subventionierung und Emissionen fossiler Brennstoffe aufzeigt.



© Johanna Foys

Dank „Muskelhypothesen“ und damals üppiger Berliner Landesfördermittel zahlen die Mitglieder der Mietergenossenschaft SelbstBau eG auch nach der Sanierung günstige Mieten. Vorstand Pit Weber wünscht sich eine stärkere Förderung von

Eigeninitiative und die Vereinfachung der Gesetzesvorschriften zur Nutzung von Eigenstrom z. B. von Solardachanlagen. Michael Jungclaus, energiepolitischer Sprecher der Fraktion, fordert von der Landesregierung, endlich verstärkt die Gebäudesanierung zum Nutzen von Wirtschaft und für den Klimaschutz in Angriff zu nehmen. Die schlechteste Variante für Klima und Kosten sei, nichts zu tun, denn: Klimaschutz ist Mieterschutz.

Näheres auf www.gruenlink.de/d99

Der Wind bläst ins Gesicht

„Green Jobs“ sind zweifellos im Aufwind. Acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Brandenburg gehen auf 620 Unternehmen in der Erneuerbare-Energien-Branche zurück. 22 000 ArbeitnehmerInnen erwirtschaften 4,5 Milliarden Euro, so Torsten Stehr von der IHK Potsdam. Der Atomausstieg lässt die Umweltwirtschaft wachsen – wenn auch unter starkem Konkurrenz- und Preisdruck. So zahlt die Vestas GmbH, Herstellerin von Rotorblättern für Windkraftanlagen, ihren ArbeitnehmerInnen flexible Löhne zwischen 9,75 Euro bis 14,78 Euro pro Stunde und beschäftigt LeiharbeiterInnen. Um an Fachkräfte zu kommen, so Personalleiter Reiner Marzin, erwägt Vestas die Einrichtung einer Berufsakademie und will mit Schulen, Betrieben und mit Osteuropa zusammenarbeiten. Der Bedarf an Fachkräften in der Metallindustrie und bei den „Green Jobs“ spitze sich zu,

spürt auch die DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg Doro Zinke. Allerdings zahle die Autobranche andernorts weit bessere Löhne. In Brandenburg bekämen gegenwärtig zu viele Jugendliche keinen Schulabschluss. Gut ausgebildete Jugendliche wanderten ab, weil hier das Lohnniveau für ihre Berufsausbildung zu niedrig ist. Zur notwendigen „Nestpflege“ von Unternehmen gehöre auch, Auszubildende nach Tarifvertrag zu bezahlen, so Zinke.

Die Umweltwirtschaft und Klimabranche hätten unbestritten ein hohes ökonomisches Potenzial für Brandenburg, so Ursula Nonnemacher, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion. Bei den „Green Jobs“ dürfe es aber keine prekäre Beschäftigung geben, dafür möglichst Tarifverträge. Sonst blieben gut ausgebildete Fachkräfte nicht in Brandenburg.

Viele KöchInnen veredeln den Brei

Rosa Wolff wollte es probieren: Die Autorin und leidenschaftliche Köchin ernährte sich einen Monat nur von Bio-Lebensmitteln – vom Hartz-IV-Satz. Ihr Buch „Arm aber Bio“ berichtet von diesem erfolgreichen Selbstversuch, der allerdings auch Einschränkungen, z. B. bei Erdbeeren oder Spargel, forderte und: selber kochen. Etwas für Umwelt und Klima zu tun und auf Pestizide im Essen zu verzichten, waren ihr die Anstrengungen aber wert, so Wolff.

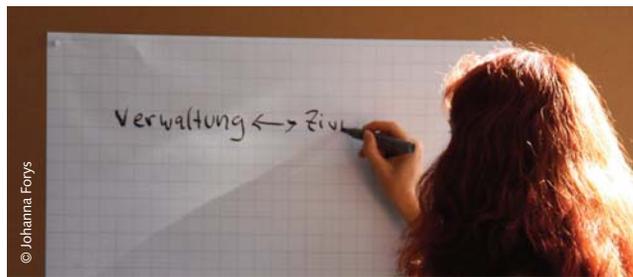
Mit vollwertigem gesunden Essen in ausreichend langen Pausen und ansprechendem Ambiente meistern auch Kinder und Jugendliche die Anstrengungen des Lernalltags erfolgreicher. Beim aktuellen Essenspreis von rund zwei Euro in Schulkantinen sind den Caterern die Einhaltung zeitgemäßer Ernährungsstandards im Verbund mit der Verwendung regionaler, saisonaler und Bio-Produkte und einer tariflichen Entlohnung aber nicht möglich. Die agrarpolitische Sprecherin Sabine Niels sprach sich auf der Konferenz für Kita- und Schulprojekte aus, in denen Kinder und Jugendliche in hauseigenen Küchen nicht nur frisch zubereitete Mahlzeiten essen, sondern selbst kochen lernen.



© Johanna Foys

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf

...heißt ein afrikanisches Sprichwort. Mario Tibussek von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung nennt es: soziale Bildungslandschaften. Marie Luise von Halem, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, ist sich sicher: Mit ihren vier Elementen Kooperation und Netzwerkbildung, datengestütztes Vorgehen, individuelle Förderung sowie ständige Qualitätssicherung und Qualifizierung können diese ein Weg zu besseren Bildungserfolgen im dünn besiedelten Flächenland Brandenburg sein. Die Vernetzung ist aufwändig; sie muss einem klar definierten Ziel folgen, horizontal und vertikal angelegt, professionell und politisch gewollt sein. Beispiel Barnim: In thematischen Arbeitskreisen arbeiten hier IHK, Kreisvolkshochschule, Berufsschulen und Betriebe zum Thema Fachkräftesicherung bzw. Kitas, Schulen und Jugendämter zum Thema Übergang Kita-Schule, so die Koordinatorin der Bildungsinitiative Barnim Renate Wolter. Ein Ziel sei es, dass



alle Jugendlichen im Landkreis einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung haben sollen. Ein Hindernis dafür, so kam heraus, wären die Förderschulen – die Antwort müsse folgerichtig Inklusion in Verbindung mit praxisorientiertem Lernen sein.

Ursula Nonnemacher
Sozialpolitische Sprecherin

KEINE MENSCHEN ZWEITER KLASSE

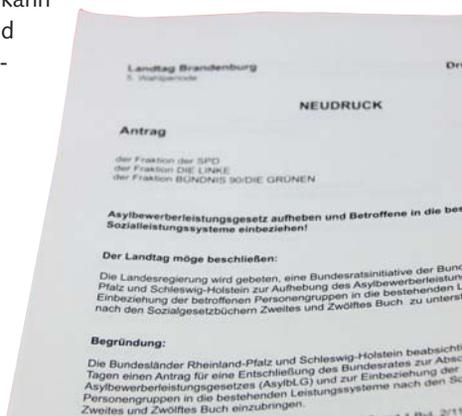
Brandenburg setzt sich mit Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Bundesrat für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Auf Initiative unserer Fraktion kam ein solcher gemeinsamer Antrag von SPD, Linker und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag zustande. Das 1993 beschlossene Gesetz zielte von vornherein darauf ab, Flüchtlinge abzuschrecken. AsylbewerberInnen erhalten nur 60 Prozent des Hartz-IV-Regelsatzes. Die Beträge sind in zwanzig Jahren niemals angepasst worden.

Das Bundesverfassungsgericht stufte diese Regelung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Juli 2012 als verfassungswidrig ein. Das Grundgesetz garantiert ein menschenwürdiges Existenzminimum und gilt für ausländische wie für deutsche StaatsbürgerInnen gleichermaßen. Das Verfassungsgericht machte damit klar, dass die Menschenwürde nicht durch migrationspolitische Erwägungen relativierbar ist. Mit dem Fall dieses Gesetzes wäre auch

endlich das schikanöse Sachleistungsprinzip mit Gutscheinen und Essenspaketen vom Tisch. AsylbewerberInnen sollten in die Regelungen unserer Sozialgesetzbücher einbezogen werden wie alle anderen Menschen auch. Ihnen stünde entweder Grundsicherung für Arbeitssuchende oder Sozialhilfe zu. Sie dürften sich Arbeit suchen – die meisten von ihnen empfinden das jahrelange Herumhängen und verordnete Nichtstun sowieso als deprimierend und quälend. Und der Staat kann sich den Verwaltungsaufwand für ein gesondertes Fürsorgesystem sparen.

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin

Antrag auf www.gruenlink.de/en



IM PORTRAIT

BRIGITTE STUMM: MIT LANGEM ATEM FÜR LEIB UND SEELE

Gesundheit ist wichtig für Brigitte Stumm. Und das nicht nur, weil dieser Bereich zu ihren Aufgaben zählt. Die Referentin hat mit Arbeit und Sozialem, Frauen, Gesundheit und Verbraucherschutz ein sehr breites Themenspektrum zu bewältigen. Dafür braucht's vor allem einen langen Atem und das Herz am rechten Fleck – beides findet man bei ihr. Und eine Riesenportion Erfahrung.

Nach ihrem Studium untersuchte die Betriebswirtin und Soziologin das Gesundheitsbewusstsein von IndustriearbeiterInnen, organisierte den bundesweiten Gesundheitstag in Kassel und forschte zu Gesundheitsförderung und -berichterstattung. Parlamentarische Erfahrungen sammelte Brigitte Stumm später als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landtag Nordrhein-Westfalen und im Bundestag.

Atemberaubendes Brandenburg

Als es die gebürtige Niedersächslerin nach Berlin und später nach Brandenburg verschlug – da verschlug es ihr doch den Atem: „In Brandenburg kannst du fast in jeden See springen und an den Ufern entlangradeln – das macht mich reich.“ Den „Stechlin“ kannte Brigitte schon durch Theodor Fontane. „Da spürt man, wie der Atem mit den Sätzen geht“, schwärmt sie



und lacht. Zur Lieblingslektüre gehören auch Kochbücher. „Am Mittagstisch kannst du die Welt erklären“, ist die Soziologin überzeugt. An den Speisefolgen, anhand der Unterhaltung, an den Sitten und Gebräuchen, daran, wie der Tisch gedeckt ist. „Und natürlich auch daran, woher die Lebensmittel kommen, wie sie angebaut wurden.“

Neu in Brigittes Bücherschrank ist Rosa Wolffs „Arm aber bio“. Auf der Sozialkon-

ferenz der bündnisgrünen Landtagsfraktion beeindruckte die Autorin mit dem erfolgreichen Selbstversuch, sich vom Hartz-IV-Satz biologisch, regional und saisonal zu ernähren (s. Seite 7). Dass sich alle gesundes Bio-Essen leisten können, auch dafür arbeitet die bündnisgrüne Referentin in der Brandenburger Landtagsfraktion. Und dafür, dass grüne Politik den Maßstab der Nachhaltigkeit auch bei den Löhnen anlegt. „Wenn wir es nicht schaffen, dass in Brandenburg Mindestlöhne gezahlt werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass gute Fachleute weggehen.“

„Tatort“ Landtag

Am spannendsten in der Parlamentsarbeit sind für die 61-Jährige Anhörungen in den Ausschüssen. „Da kommen die Themen auf den Tisch, da geht's ans Eingemachte“. Zur Zeit geht es um das Krankenhausentwicklungs- und das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Und immer wieder darum, wie Mindestrenten und eine Gesundheitsversorgung überall im Land gesichert werden können. Brigitte Stumm möchte gern ein Brandenburg mitgestalten, in dem „wir ohne Angst vor Armut älter werden und uns aufs Alter freuen können“.

Frauke Zelt

BRAUNKOHLLENPLAN WELZOW-SÜD

STARK WIE NIE: WIDERSTAND GEGEN NEUE TAGEBAUE

© www.ideengruen.de | markus pichlmaier

Zum Start des Erörterungsverfahrens für den geplanten Tagebau Welzow-Süd, Teilfeld II im September demonstrierten viele WelzowerInnen mit Bündnisgrünen, LandwirtInnen und Umweltverbänden gegen den neuen Tagebau. Ein Protestzug mit Landmaschinen zog von Proschim nach Cottbus. Laut gutachterlicher Stellungnahme – von der Kanzlei Philipp-Gerlach und Teßmer im Auftrag unserer Fraktion erstellt – ist der Braunkohlenplan nicht genehmigungsfähig. Er ist mangelhaft in der Auslegung und Anwendung des aktuellen Rechts und berücksichtigt nicht die mit der Braunkohle einhergehenden Folgen der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen. Eine substantielle Alternativenprüfung in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien oder die Nutzung von Energieeffizienzpotenzialen fand nicht statt. Wir fordern daher, das Braunkohlenplanverfahren sofort einzustellen. Völlig unklar blieb auf dem Erörterungstermin, wie die Behörden

mit den ca. 5000 Einwendungen im weiteren Verfahren umgehen. Skandalös ist auch, dass fünf Jahre nach Einleitung des Verfahrens noch nicht feststeht, wohin die Menschen umgesiedelt werden sollen. Auch wegen der fehlenden verbindlichen Umsiedlungsplanung beantragten Betroffene und Bündnisgrüne mehrfach eine Unterbrechung des Erörterungsverfahrens.

Kritik trägt Früchte

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL) hält eine grenzüberschreitende Umweltprüfung für nicht erforderlich, weil die CO₂-Emissionen nicht „raumbedeutsam“ seien und „im Planverfahren nicht interessieren würden“. CO₂-Emissionen und ihre kumulativen Auswirkungen sind jedoch zwingend Gegenstand einer Strategischen Umweltprüfung. Unsere Fraktion hat eine grenzüberschreitende Umweltprüfung beantragt. Laut GL soll sich die 2. Stellung-

nahme des Braunkohlensausschusses erst im Frühjahr 2013 mit dem Tagebau Welzow-Süd befassen – statt wie geplant am 22. November 2012. Der Kabinettsbeschluss bzw. die Rechtsverordnung der Landesregierung sei demnach erst für das Frühjahr 2014 angesetzt.

Kohle ist nicht nötig

Fakt ist: Die bereits heute genehmigten Tagebaue reichen bis zum Jahr 2030 aus. Bis dahin kann der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sozial verträglich gestaltet werden. Eine aktuelle Studie der bündnisgrünen Fraktionen in Berlin und Brandenburg belegt, dass eine Vollversorgung beider Länder aus erneuerbarem Strom bis 2030 technisch machbar, versorgungssicher und bezahlbar ist.

*Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher*

Näheres auf www.gruenlink.de/dem

INTERVIEW MIT GÜNTER NOOKE

„EXTREM VIEL BEWEGEN“

Im Jahr 1991 wurde in Potsdam die Partei Bündnis 90 gegründet, die 1993 bundesweit mit den Grünen fusionierte. Ein Teil des Brandenburger Bündnis' 90 stieg aus und gründete das BürgerBündnis. Im Herbst 2012 trafen sich bündnisgrüne Partei und Fraktion mit Bürgerbewegten von damals und heute zu einem „Blick zurück nach vorn“. Günter Nooke, heute CDU, war von 1990 bis 1994 Vorsitzender der Brandenburger Fraktion des in der Ampelkoalition mitregierenden Bündnis 90. BrandGRÜN sprach mit ihm auf der Veranstaltung.



Günter Nooke (2. v. r.) neben den Bündnisgrünen Axel Vogel, Peter Schüler, Cornelia Behm, Heide Schinowsky (v. l. n. r.)

Was hat Bündnis 90 als Partei und Fraktion Anfang der 1990er Jahre bewegen können? Was ist heute davon noch zu spüren?

Nooke: Als sehr kleine Fraktion konnten wir extrem viel bewegen. Die Direktwahl der Bürgermeister hing damals nur an uns – die SPD war dagegen und die FDP als anderer Koalitionspartner schon umgefallen. Ohne uns gäbe es eine andere Landesverfassung – z.B. mit weniger Umweltschutz. In der Innenpolitik ging es um Datenschutz – wir stellten den Datenschutzbeauftragten –

und das Polizeigesetz war sehr liberal. In unserer Fraktion ist der Entwurf für eine Kommunalverfassung entstanden, auch das Kommunalwahlrecht unterstützt die Wahl von Personen, nicht von Parteien.

Ihr Fokus lag auf Mitbestimmung und Bürgerrechten?

Ja, auch bei der Braunkohle. Wir erreichten zwar weniger als wir wollten, konnten aber mehr Mitsprache der Einwohner bei der Tagebauplanung und Entschädigungsregelungen bei Umsiedlungen aushandeln. Ohne uns hätte es keine Aufklärung im Stolpe-Untersuchungsausschuss gegeben und Berlin und Brandenburg wären vielleicht schon Anfang der 1990er Jahre vereinigt worden.

Sie waren dagegen...

Vielleicht wäre heute ein Bundesland von Vorteil. In Sachen BER bräuchte dann auch nur einer zurückzutreten... Wir haben uns damals viel Mühe gemacht mit dem Aufbau unseres neuen Bundeslandes. Wir wollten keinen brandenburgischen Ministerpräsidenten von Gnaden eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin.

Sie wurden auch in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur angehört. Wo steht Brandenburg bei der Aufarbeitung der Vergangenheit?

Die Parteien in Brandenburg hatten früher aus klarem Machtkalkül heraus wenig Interesse an Vergangenheitsaufarbeitung. Auf SPD-Seite sehe ich da auch heute wenig Bewegung: Egon Bahr und quasi im Namen der Evangelische Kirche auch der frühere Bischof Wolfgang Huber haben erst letztes Jahr wieder einen Schlusstrich gefordert.

Sie halten nichts davon?

Schlusstrich ist immer das falsche Wort. Geschichte wirkt nach, egal ob Dinge 20 oder 200 Jahre her sind.

VERBANDSGEMEINDE STÄRKT DEMOKRATIE

Wie muss eine Gemeindestruktur aussehen, die trotz demografischen Wandels und schlechter Finanzlage handlungsfähig und bürgernah ist? Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer hat in unserem Auftrag ein Gutachten erstellt und darin verschiedene Verwaltungsmodelle für Kommunen analysiert. Kriterien waren demokratische Legitimation, sachgerechte Aufgabenverteilung, geeignete Größenmaßstäbe und mögliche Finanzierung.

Für Brandenburg wird ein Modell aus Einheitsgemeinden, so wie sie jetzt schon bestehen, und Verbandsgemeinden vorgeschlagen. Im Gegensatz zu dem in Brandenburg bestehenden Amt gibt es bei den verbandsangehörigen Ortsgemeinden sowie der Verbandsgemeinde demokratisch direkt gewählte Strukturen. Es werden klarere Entscheidungen darüber möglich sein, welche

der beiden Ebenen welche Selbstverwaltungsaufgaben wahrnimmt. Mit dem Verbandsgemeindemodell können wir zu einer an die Situation in Brandenburg angepassten Gemeindestruktur kommen. Die vorgeschlagene Mindestgröße von 10 000 EinwohnerInnen pro Gemeinde oder Gemeindeverband im Jahr 2030 ermöglicht es, eine dauerhaft leistungsfähige und effektive lokale Verwaltung sicherzustellen. Aufgrund der z. T. sehr geringen Bevölkerungsdichte in den berlinferneren Regionen müssen aber auch Ausnahmen nach unten hin möglich sein. Eine Flächenobergrenze soll dazu beitragen, dass Gemeindeverbände nicht zu groß und damit „bürgerfern“ werden.

*Ursula Nonnemacher
Kommunalpolitische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/bie

TERMINE

- GRÜNE
FILMREIHE
Filmabend
"Kriegerin" mit
anschließender
Diskussion



Mittwoch,
20. Februar 2013, 19 Uhr
KU-Stall der Bundstift Schule
Prötzel Chaussee 7
15344 Strausberg
u. a. mit Michael Jungclaus, MdL

Weitere Informationen zu unseren
Fraktionsveranstaltungen:
[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/
veranstaltungen](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen)

PUBLIKATIONEN



© Johanna Forys

**Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen
oder wollen brandGRÜN abonnieren?**

Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

**Auf unserer Webseite finden Sie
alle Publikationen als Download:**
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Tobias Arbingler

Textredaktion: Frauke Zelt

Bildredaktion: Johanna Forys

Titelbild: Koszivu/fotolia.com

Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG